

802/J XXII. GP

Eingelangt am 15.09.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Rasinger, Christine Marek, Mag. Tancsits, Gabriele Tamandl
Kolleginnen und Kollegen
an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen
betreffend Pflegeheimskandal in Lainz und anderen Einrichtungen der Stadt Wien

In den letzten Tagen wurden in den Medien Zustände in Einrichtungen der Stadt Wien zur Betreuung alter Menschen (Geriatriezentrum Wienerwald, Sozialmedizinisches Zentrum Baumgartner Höhe) bekannt, die auf schwerste Missstände hinweisen und möglicherweise sogar von strafrechtlicher Relevanz sind. Die für diesen Skandal bestehende politische Verantwortung liegt im Bereich der Wiener Landesregierung.

Im Fall des Skandals in Lainz werden mangelnde Kontrolle und politische Versäumnisse beklagt, weil Beschwerden von Patienten, Angehöriger, der Sachwalter, Medienberichte, Kritik der Gewerkschaft und anderes von den zuständigen Stellen viel zu lange ignoriert wurden. So ist auch politisch zu klären, wie es zu den Missständen kommen konnte und warum die Beschwerden von Verantwortlichen einfach ignoriert wurden.

Aber auch ein weiterer Aspekt ist zu klären: während in der bisherigen Darstellung und in Statements Wiener Politiker von Pflegeeinrichtungen des Landes gesprochen wurde, stellt Univ. Prof. Dr. Mazal in einem Interview mit der Tageszeitung Die Presse am 11.9.2003 fest, dass die Einrichtungen tatsächlich als Krankenanstalten zu qualifizieren sind und daher ohne die erforderlichen Bewilligungen betrieben werden.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

Anfrage:

- 1.) Wie beurteilen Sie generell die skizzierten Vorfälle?
- 2.) Wie sieht grundsätzlich die Situation in der Pflege und in den Pflegeheimen in Österreich aus Ihrer Sicht aus?
- 3.) Wie ist die Zuständigkeit für Pflegeheime und Altenpflege geregelt?
- 4.) Erfolgt derzeit eine bundesweite Kontrolle von Krankenanstalten und Pflegeheimen durch Ihr Ministerium?
- 5.) Von welchem Rechtsstatus der genannten Einrichtungen geht Ihr Ministerium insbesondere im Lichte der Ausführungen von Dr. Mazal aus?

6.) Sollte sich der Status der genannten Einrichtungen auch aus den Ihnen vorliegenden Unterlagen nicht eindeutig ergeben, planen Sie Schritte um diese Frage zu klären?

7.) Können sich auf Grund des unterschiedlichen Rechtsstatus von Einrichtungen zur Betreuung pflegebedürftiger Personen Unterschiede in der Finanzierung der Betreuungskosten ergeben?

8.) Sind die Wurzeln des Skandals allenfalls (auch) bei der Berufsausbildung im Pflegebereich zu suchen oder handelt es sich Ihrer Meinung nach ausschließlich um Versäumnisse auf der Ebene der Stadt Wien als Betreiber dieser Einrichtungen?

9.) Welche Schritte werden Sie setzen, um die Pflegesituation in Österreich zu verbessern?